

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis vormittags 11 Uhr.
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 M. 50 Pf. Einzelne Nrn. 5 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., für auswärts 15 Pf. Tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Kaufmann Otto Förster; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschel; in Langenchursdorf bei Herrn H. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler, Cigarrenfabrikant an der Brücke; in Rochsburg bei Herrn Paul Zell; in Wollenburg bei Herrn Ernst Köhler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Cunzenu, Lichtenstein-Gallenberg, und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke: Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delsnitz i. E., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Außdorf, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim.

Nr. 38.

Donnerstag, den 14. Februar

1901.

Witterungsbericht, aufgenommen am 13. Februar, nachm. 4 Uhr.

Barometerstand 764 mm. reducirt auf den Meerespiegel. Thermometerstand — 5° C. (Morgens 8 Uhr — 6° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lambrechts Polymeter 74%. Thaupunkt — 9,5° C. Windrichtung: West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis 12 Uhr mittags: 4,4 mm. Daher Witterungsaussichten für den 14. Februar: Trübe bis halbheiter, Neigung zu Niederschlägen.

Waldenburg, 13. Februar 1901.

Daß wir in einer recht ernsten Zeit leben, empfindet naturgemäß in der Leitung seiner Amtsgeschäfte auch der deutsche Reichskanzler. Und er mehr als ein jeder Andere! Der längere Aufenthalt, welchen Graf Bülow in Homburg v. d. Höhe nahm, um unserem Kaiser Vortrag zu halten, erstreckte sich bis in diese Woche hinein, und da er sich unmittelbar an die Heimkehr des Monarchen aus England angeschlossen, so glauben Diejenigen wieder Recht zu haben, welche behaupten, „in England sei etwas vor sich gegangen“.

Derartige Ausstellungen erscheinen jetzt ebensowenig glaubhaft, wie früher. Bei den englischen Verhältnissen kann keine praktische Abmachung getroffen werden, die sich für längere Zeit der Kenntnisnahme des Parlaments entzieht. Nun wird freilich an den geheimnißvollen deutsch-englischen Vertrag wegen eventueller Ueberrahme der portugiesischen Kolonien erinnert, aber für den ist die Stunde noch nicht gekommen, und wer weiß, ob sie überhaupt kommen wird. Wäre heute etwas neu vereinbart, so könnte es nicht ohne Zustimmung des deutschen Reichskanzlers geschehen sein, und Graf Bülow ist seinen bekannten früheren Erklärungen nach nur von der Rücksichtnahme auf die Interessen des Reiches geleitet. Im December noch war Deutschland England gegenüber völlig frei, wäre es heute anders, so müßte der Kanzler in irgend einer Weise Aufklärung geben, oder richtiger schon gegeben haben.

Fürst Bismarck hat, wie bekannt, gesagt: Kaiser Wilhelm II. wird einst sein eigener Kanzler sein! Zu Zeiten des Grafen Caprivi und des Fürsten Hohenlohe traf das mehr als einmal zu, und auch heute bewahrt das Oberhaupt des Reiches selbstverständlich seinen Einfluß auf die Reichs-Politik. Aber mit dem Amtsantritt des Grafen Bülow und seinen Programm-Reden im Reichstage, wie im preussischen Abgeordnetenhaus ward auch für alle Parteien klar, daß ein Reichskanzler mit zielbewußter, natürlich vom Kaiser und den verbündeten Regierungen gebilligter Politik dringend notwendig sei. Soll es in der Volksvertretung nicht hin und her, sondern vorwärts gehen, so muß sie sich an einen maßgebenden Mann halten können, und das kann für das Parlament nicht ein Monarch, der unverantwortlich ist, sondern nur ein verfassungsgemäß verantwortlicher Beamter, der Kanzler, sein.

Man hat bald nach Graf Bülow's Amtsantritt schon prophezeiten wollen, er werde nicht allzulange auf seinem Posten bleiben: Seine bestimmte Selbständigkeit harmonire nicht so recht mit dem kurz entschlossenen Wesen unseres Kaisers, die eigentliche Leitung der Politik werde darnach immer in den Händen des Monarchen bleiben. Dies zugegeben, schließt die bisher unstreitig beobachtete völlige Uebereinstimmung des Kaisers und des Kanzlers ein langes Zusammenarbeiten keinesfalls aus, Graf Bülow ist denn doch kein Fürst Bismarck, der als Beurtheiler und Meister seiner Zeit auf einsamer Höhe stand. So haben sich der Kaiser und Excellenz von Miquel, der doch immerhin als Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums hoch steht, seit langen Jahren recht gut verstanden, und Graf Bülow's Behandlung der Reise des Präsidenten Krüger beweist, wie er auch einer Sache, der er wesentlich kühler, als der Kaiser, gegenüberstand, doch eine unumstößliche Beurtheilung abgewinnen kann.

Der Kanzler hat allen Anlaß, sich bestimmt zu entschließen, darnach ist die Zeit, und es braucht aus Eng-

land nichts Besonderes mehr herübergeholt zu werden. Allerdings hat er nicht die Fragen heraufbeschworen, deren Lösung nunmehr ihm zufällt. Die China-Expedition war unvermeidlich; daß es mit ihrem Verlauf nicht so schnell geht, wie Viele erwartet, daß nicht alle Mächte die Deutschfreundlichkeit bewahren, mit der man in Berlin gerechnet, dafür kann Niemand, Graf Bülow am allerwenigsten, er hat die Handschuhe der Verbindlichkeit nicht ausgezogen. Ueber den geheimnißvollen Anlaß, welcher den Zaren abschwanken ließ, würde man allerdings gern Näheres hören, da herrscht in dessen Schweigen. Und außer China ist es die Wirtschaftspolitik und die preussische Kanalvorlage, welche den Kanzler beschäftigen.

Daß die befriedigende Aufstellung des Zolltarifes und der Abschluß der Handelsverträge für den Nachfolger des Fürsten Hohenlohe eine sehr harte Arbeit sein würde, das hat Jeder voraussehen können, und Graf Bülow hat es sich bei seiner Amtsübernahme gewiß nicht verheimlicht. Er mußte in dieser Beziehung sofort ein festes Programm haben, und das konnte kein anderes sein, als das, welches im letzten Jahre im Reichstage und in verschiedenen deutschen Landesvertretungen bekannt gegeben wurde, die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle. Was der Kanzler vor Kurzem im preussischen Abgeordnetenhaus sagte, war also keine Ueberraschung, höchstens noch keine genaue Feststellung im Einzelnen. Wie die zollpolitischen Verhandlungen im Einzelnen verlaufen werden, das kann Niemand sagen, auch Graf Bülow nicht, er kann nur von der Ausnutzung der gegebenen Zeitverhältnisse Manches erhoffen. Daß die Lösung der Handelsvertragspolitik auch die Lösung der Kanalvorlage sein wird, unterliegt für Niemand einem Zweifel, aber wie ist der Weg? Wenn Graf Bülow einmal sagt, ich kann mein erstes Kanzlerjahr als Kriegsjahr doppelt zählen, so wird er nicht Unrecht haben.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kaiser, der Tags zuvor den Vortrag des Reichskanzlers hörte, ließ sich Dienstag Vormittag nach einem Spaziergang von dem Kriegsminister v. Hoyer Vortrag halten. Nachmittags machten beide Majestäten eine Schlittenpartie nach der Saalburg und von dort aus nach Schloß Friedrichshof. Das Befinden der Kaiserin Friedrich soll nach dem „Fränk. Cur.“ neuerdings zu Beforgnissen Anlaß geben; es seien beängstigende Herzbeschwerden eingetreten. Von anderer Seite behauptet man das Gegenteil. Am heutigen Mittwoch wird der Kaiser den Vortrag des Staatssekretärs des Reichsmarineamts v. Tirpitz entgegennehmen. Am 10. März, dem Geburtstag der Königin Luise, will das Kaiserpaar der Einweihung der Luisekirche in Königsberg beiwohnen.

Die Zuversicht des Bundes der Landwirthe zur Regierung scheint der „Nat.-Ztg.“ begründet zu sein. Das Blatt schreibt: Wie die Dinge sich entwickelt haben, kann es nur erwünscht sein, wenn der Zolltarif recht bald an den Reichstag gelangt oder doch veröffentlicht wird. Der Kampf wird dann auf einem klar zu überschenden Schlachtfeld erfolgen. Die einzelnen Volks- und Erwerbskreise werden mit Bestimmtheit erkennen, was sie zu erwarten, zu befürchten haben. Vor allem aber wird man dadurch Aufschluß über die Frage erhalten, wie man in den wirtschaftspolitischen Fragen

mit dem jetzigen Reichskanzler daran ist: ob die Besorgnisse begründet sind, die in weiten Kreisen an die Stelle der Zurückhaltung treten, mit der Graf Bülow empfangen wurde. Die Besorgnisse entspringen weniger aus einer Vermuthung, daß Graf Bülow ein überzeugter Gefinnungsgenosse des Herrn v. Wangenheim und Grafen Kanitz wäre, als aus dem sich geltend machenden Eindruck, daß die Kraft zum Widerstande gegen die von den Blindlern ausgehenden Forderungen jetzt noch geringer sei, als zur Zeit des Fürsten Hohenlohe.

Ueber Arbeiterentlassungen aus dem westfälischen Industriebezirk wird der „Voss. Ztg.“ aus Gelsenkirchen gemeldet, daß die beschäftigungslos gewordenen ausländischen Arbeiter von den Behörden in ihre Heimat abgeschoben werden. Viele Arbeiter aus dem Osten kehren angezogen von der Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse freiwillig in ihre Heimat zurück. Das ist ein Zeichen der Zeit, die Industrie hat ihren Höhepunkt überschritten.

In der Budgetcommission des Reichstags erklärte bei der Fortsetzung der Berathung des Postetat's der Staatssekretär v. Poddieleski, daß er ein Gegner luxuriöser Postbauten sei. Er würde es viel lieber sehen, wenn die Städte geeignete Gebäude herstellten und sie der Post vermieteten. Das ist ein neuer höchst anerkennenswerther Grundsatz, der einerseits zu den Anschauungen des ersten Reichspostmeisters, Excellenz Stephan, in directem Gegensatz steht, andererseits aber der größten Beachtung der Communen gewiß ist. Für einen so guten Miether, wie es die Post ist, werden die Städte natürlich mit Freuden Miethsräume zur Verfügung stellen, so daß den Wünschen beider Theile entsprochen werden würde. Auf Anfrage des Abgeordneten Singer bekräftigte der Staatssekretär, daß aus dem Wohnungsmiethsverhältnis kein Abhängigkeitsverhältnis für die Beamten entstehe und daß bei Entlassungen von Beamten, welche bei der Post überhaupt möglichst vermieden werden, die Kündigung der Wohnungen schonend erfolge. Die dauernden Ausgaben wurden von der Commission alsdann durchweg unverändert bewilligt, desgleichen die ersten Raten für Postgrundstücke in Bremen, Bremerhaven, Breslau, Charlottenburg, Mannheim, Meerane Sachsen, Schöneberg-Berlin, Stettin und zwei Berlin, sowie einige andere Orte. Ueber die Forderung von 1/2 Million für unvorhergesehene Zwecke wird die Beschlußfassung erst am heutigen Mittwoch Abend stattfinden. Alsdann soll der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern berathen werden.

Oesterreich-Ungarn.

Im Wiener Reichsrath begleitete der Ministerpräsident v. Körber den Eingang der zahlreichen Gesetzesentwürfe, deren Erledigung in der bevorstehenden Session beabsichtigt ist, mit einer Ansprache an das Haus, in der er um Vertrauen zur Regierung bat und der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß die parlamentarische Arbeit zum Heile des Vaterlandes werde gefördert werden. Seinen Worten folgte lebhafter Beifall, womit allein es natürlich noch nicht gethan ist.

Serbien.

Um Milan's Leiche ist ein Conflict zwischen Oesterreich und der serbischen Regierung entstanden. Im Schreibische Milan's zu Wien lag eine eigenhändig geschriebene letztwillige Verfügung, wonach Milan in einem der serbischen Klöster Ungarns bestattet sein will, sowie eine Verufung auf eine in diesem Sinne erfolgte Zusage Kaiser Franz Joseph's. König Alexander, so-